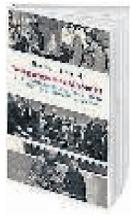


Die hehren Ansprüche, die der Historiker Berthold Unfried an sein Buch „Vergangenes Unrecht“ stellt, vermag niemand zu bewältigen. Er will Entschädigung und Unrecht in eine globale Perspektive rücken – und weiß, dass er mit dieser Aufgabe ein „unübersichtliches, emotionsgeladenes und politisch vermintes Themenfeld“ betritt. Unfried forschte von 1999 bis 2003 in der österreichischen Historikerkommission zu Fragen des Vermögenszugangs während der NS-Zeit. Danach begann er das vorliegende Buch. Es will weltweit unterschiedliche Entschädigungspolitiken miteinander vergleichen.

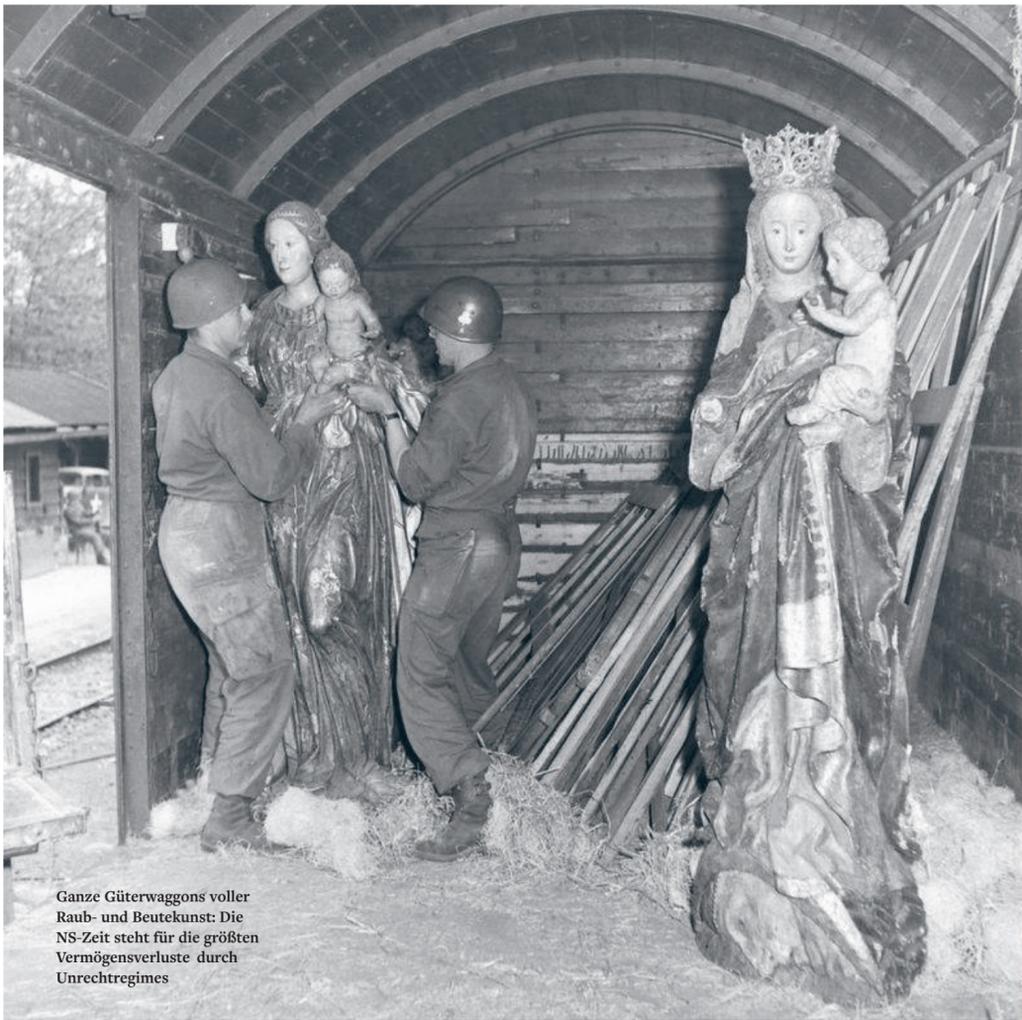
Als impulsgebend nennt Unfried die Beobachtung, dass in der Politik historische Fragen zunehmend thematisiert werden, um Interessen durchzusetzen. Er fragt: Inwiefern haben Fachleute dazu beigetragen, die Vergangenheit als Ressource zu nutzen, ehe Geschichte zur Handelsware wurde? Es ist unter anderem dieser (selbst)kritische Ansatz, der das Buch lesenswert macht. Unfried protokolliert seine Positionen und die Beweggründe für deren Verschiebung. Guten Glaubens erfüllte er eine Pflicht, wie es die Öffentlichkeit um die Jahrtausendwende von solchen Kommissionen erwartete. Überzeugt davon, dass eine ausgleichende Gerechtigkeit mithilfe historischer Forschung wenigstens annähernd erreicht werden könne, trat er seine Kommissionsarbeit an, wollte das Seine dazu beitragen, dass Restitutionsansprüchen genüge getan wird. Nach und nach musste er erfahren, dass das vergangene Unrecht nicht abschließend bewältigt werden kann. Über Generationen hinweg werden Forderungen nach Restitution und Ausgleich unter neuen Vorzeichen immer wieder gestellt.



Berthold Unfried: **Vergangenes Unrecht.** Entschädigung und Restitution in einer globalen Perspektive. Wallstein, Göttingen. 544 S., 46 €.

Als Ausgangspunkt seiner Betrachtungen wählt Unfried die europäische Bewegung zur Entschädigung von Vermögensverlusten im NS-Regime seit Anfang der Neunzigerjahre in Ost-, anschließend Mitteleuropa und den USA. Damals wurde bekannt, dass Österreich sich an arisierten Kulturgütern bereichert und Schweizer Banken nicht ausgezahlte Konten von NS-Opfern veruntreut hatten. Unfried setzt diese europäischen Ereignisse in den Kontext anderer Entschädigungsdebatten wie jener in Südafrika oder Lateinamerika. Diese erweiterte Perspektive ermöglicht differenzierte Interpretationen, vor allem durch einen systemischen Vergleich der Tätigkeit der Wahrheitskommissionen im Zusammenhang mit dem südafrikanischen Apartheid-Regime sowie den lateinamerikanischen Diktaturen einerseits und den Historikerkommissionen in Europa im Zusammenhang mit der Entschädigung von NS-Unrecht andererseits. Akribisch stellt Unfried Hintergründe, Argumentationen, Methoden und Arbeitsweisen in Relation und berücksichtigt die Beziehungen der beteiligten Anwälte, Organisationen, Unternehmen, Banken, Staaten, Opfer sowie deren Nachkommen, Juristinnen, Historiker und Medienschaffenden in ihrer Wechselseitigkeit.

In dieser komplexen Betrachtungsweise, über die simple Dichotomie von Tätern und Opfern hinausgehend, vermag der Autor delikate Interessengeflechte zu präsentieren und ungewohnte Folgerungen zu ziehen. So sieht Unfried in gegenwärtigen Entschädigungsrunden keine Korrektur der Unzulänglichkeiten der Restitutionsbewegungen nach dem Zweiten Weltkrieg. Viel eher seien sie als eigenständige, neue Entschädigungsphase zu verstehen. Diese These begründet er damit, dass die USA mittlerweile auf dem europäischen Kontinent die Deutungshoheit übernommen haben und damit anerkannt sind.



Ganze Güterwaggons voller Raub- und Beutekunst: Die NS-Zeit steht für die größten Vermögensverluste durch Unrechtregimes

GETTY IMAGES

Unrecht vergeht nie

Wie kann Vergangenheit durch Genugtuung bewältigt werden? Erstmals erörtert ein Buch Entschädigungspolitik in globaler Perspektive • *Andrea F. G. Raschèr*

In Sachen Kunststückgabe stehen der Fall Bloch-Bauer mit den Klimt-Gemälden in Österreich sowie der Fall Goudstikker in den Niederlanden im Mittelpunkt. Unfried zeigt exemplarisch Mechanismen auf, mit denen Beteiligte ihre Interessen durchsetzen. Die „Provenienzforschenden“ betreiben keine über den Einzelfall hinausgehende Forschung, kritisiert der Autor, sondern zweckorientierte Recherche. Mit ihrer Arbeit verfolgen sie das Ziel, herauszufinden, ob ein Kunstobjekt zu einem Restitutionsfall werden könnte. Unfrieds Schilderung macht begrifflich, weshalb solche Fälle „prinzipiell unabgeschlossen“ sind, und damit in letzter Konsequenz „unverjährbar“ sind. Bedauerlicherweise fehlt an dieser Stelle ein vertiefender Hinweis auf die globalen rechtlichen Rahmenbedingungen der sogenannten Perpetuierungstheorie.

Die gelungene Mischung aus packend erzählten Fallbeispielen (wie dem des Vatikans, der 800 Jahre nach den Kreuzzügen restituiert!), nachvollziehbaren Argumentationen und stringenten

Schlussfolgerungen fördert die Leselust. Pointiert verdeutlicht Unfried die Entwicklungen in verschiedenen Bereichen der Wiedergutmachung: „Die Formen von Entschädigung haben sich seit den 1970er-Jahren von affirmative-action-ähnlichen Stipendien- und Gesundheitsfürsorgeprogrammen hin zu geldorientierteren Formen wie Glücksspiellizenzen für Indianerreservate, zu Landrestititionen und zu monetären Entschädigungen bewegt.“

In der nicht ausschließlich nordamerikanisch/europäischen Sichtweise auf einen überkontinentalen Kontext ist das Buch einzigartig. Es übertrifft die bisherigen Publikationen des Fachbereichs in deutscher und englischer Sprache und bietet einen enormen Fundus an Fakten und Analysen. Der Anspruch des Autors, das Thema Restitution von der emotional-politisch-monetären auf die historisch-faktische Ebene zu bringen, kann als erfüllt gelten. Mag sein, dass Restitutionsansprüche kein Ende finden und die Vergangenheit nicht mit juristisch-politischen Genugtu-

ungsformeln bewältigt werden kann. Unfried – nomen est omen – setzt mit diesem Buch keinen Schlusspunkt, im Gegenteil, er gibt seinem uner müdlichen Streben auf nüchtern-analytische Weise nach und tut dies auf eine Weise, wie es dem kritischen Potenzial der historischen Forschung im eigentlichen Sinne inhärent ist.

Ungeachtet seiner Einsicht, dass gewaltsames Unrecht nicht zu bewältigen ist, hat Unfried dieses Buch publiziert, das Streben danach also nicht aufzugeben. Demokratische Gesellschaften, denen die Gleichheit aller Menschen als ehrenvoller Wert zugrunde liegt, sollten in der Konsequenz zumindest versuchen, verantwortungsvoll einen möglichst gerechten Ausgleich zu erreichen. Für solche gesellschaftlichen Aushandlungsprozesse bietet Unfrieds Buch eine überwältigend solide Diskussionsgrundlage.

Andrea F. G. Raschèr ist Jurist. Er wirkte 2003 am Schweizer Kulturgütertransfergesetz mit, das die Rückführung von Raubkunst regelt

„Nie wieder Krieg“ wollte 1918 keiner hören

Warum die Demokraten scheiterten: Ein Buch über linke Veteranenkultur in der Weimarer Republik

In diesen sommerlichen Tagen des Weltkriegsgedenkens richtet sich das öffentliche Interesse verstärkt auf Vorgeschichte und Verlauf des Ersten Weltkrieges. Dabei wissen wir spätestens seit den anregenden Darstellungen etwa von Modris Eksteins und Arno Mayer, dass man den Ersten Weltkrieg besser versteht, wenn man seine Geschichte als Teil des „zweiten Dreißigjährigen Krieges“ liest, als „Geburt der Moderne“, als „Urkatastrophe“ und als Schlüsselereignis eines Jahrhunderts der Gewaltverbrechen, der Gewaltüberwindung und der Gewalterinnerung.

Umso erfreulicher ist es, dass der Dietz Verlag gerade jetzt eine Studie veröffentlicht, die den Zusammenhang von Kriegserinnerung und demokratischer Politik in der Weimarer Republik untersucht. Autor ist der an der Universität Sheffield lehrende Historiker Benjamin Ziemann, dem wir bereits zahlreiche Veröffentlichungen zur Gewalt, Geschichtspolitik und Gedenkkultur des Ersten Weltkrieges verdanken.

Im Zentrum stehen der 1917 gegründete Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen und das 1924

als „Bund republikanischer Kriegsteilnehmer“ ins Leben gerufene Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, mithin zwei Großorganisationen, in deren Reihen überwiegend sozialdemokratische, also prörepublikanische Kriegsveteranen standen. Sie hatten zwar je knapp eine Million Mitglieder, waren aber nicht nur zahlenmäßig dem organisierten soldatischen Nationalismus unterlegen.

Ihre Presse war die der moderaten Linken. Während „Vorwärts“ und „Berliner Volkszeitung“ die Parole „Nie wieder Krieg“ in Umlauf brachten, griff das Reichsbanner immer wieder in den Kampf konkurrierender Kriegserinnerungen und -deutungen ein, etwa bei Wahlkämpfen, Massenkundgebungen und anderen Großveranstaltungen für und gegen die Republik. Die linken kritischen Kriegserinnerungen hatten viele Themen: Kriegsschuld, Dolchstoßlegende, Klassenstruktur der Armee, politisch-moralischer Bankrott des Kaiserreichs.

Sozialistische Kriegsveteranen sind gegen den heroisierenden Gefallenenkult zu Felde gezogen, haben den Anspruch auf das Deutungsmonopol der nationalistischen Rechten vehement in Frage gestellt und im endlosen Streit um ein Reichseh-

renmal in Bad Berka nahe Weimar für eine Gartenlandschaft mit einem Grab für den „unbekannten Soldaten“ plädiert – im Anschluss an westeuropäische Vorbilder. Als gegen Ende der Republik die Gewalt auf der Straße zunahm, rückten Selbstschutzmaßnahmen und der Schutz von politischen Veranstaltungen zugunsten der Republik in den Vordergrund.

Keine Frage, Hunderttausende Reichsbund- und Reichsbannermitglieder haben sich für die Republik engagiert und sie mit einem vielfältigen kulturell-medialen Instrumentarium im Kampf um Stabilität und Selbstbehauptung gegen ihre Feinde bis zuletzt unterstützt. Noch Mitte Februar 1933 versammelten sich Zehntausende Reichsbanner-Republikaner auf dem Nürnberger Hauptmarkt, wie das jetzt die neue Dauerausstellung in der Berliner Gedenkstätte Deutscher Widerstand dokumentiert. Doch sie konnten diesen Kampf letztendlich nicht gewinnen.

Das muss auch Benjamin Ziemann einräumen. Warum aber die republikanischen Kräfte im Kampf gegen ihre Feinde schließlich unterlagen, das möchte er im Wesentlichen nur aus kulturellen Faktoren selbst erklären, aus „inhärenten

Schwächen“ der Deutungen und Symbole, aus dem fehlenden national-republikanischen Bewusstsein einer tief gespaltenen Gesellschaft und daraus, dass die nationalistische Rechte den in kritischen Kriegserinnerungen populär gemachten „Blick von unten“ gestohlen hat. Schon ein Ernst Bloch erkannte im verschwenderischen Rot der Nazis eine „Entwendung aus der Kommune“.

Ziemann deutet an, dass dieser enge Erklärungshorizont auch ihn nicht ganz befriedigt, kann sich aber nicht entschließen, dem durch die Lektüre seines Buches bestens informierten, nachdenklich gewordenen und nun fragenden Leser eine übergreifende Perspektive anzubieten – etwa mit dem Versuch einer essayistischen Ortsbestimmung der republikanischen Veteranen Weimars in der widerspruchsvollen Geschichte der Selbstbehauptung, Selbstdarstellung und Selbstzerstörung der ersten deutschen Republik.

Peter Reichel

Benjamin Ziemann: **Veteranen der Republik.** Kriegserinnerung und demokratische Politik 1918–1933. Dietz, Bonn. 384 S., 24,90 €.

Dein Smartphone foltert dich!

Byung-Chul Han und seine radikale Kritik der digitalen Gesellschaft

In der Welt von Byung-Chul Han ist das Smartphone ein Folterinstrument. Aber es entlockt uns jedesweches Geständnis ganz ohne Gewaltanwendung. Tippend und streichend geben wir all das preis, was früher im Tagebuch an einem geheimen Ort unter Verschluss gekommen wäre. Alle siebenminütigen Minuten schalten 17- bis 23-Jährige das Smartphone ein, ergab jüngst eine Studie der Universität Bonn. Das Mobiltelefon ist vielen so nah, dass sie es gar nicht mehr bemerken.

Man könnte diese Entwicklung als Teil der digitalen Realität verbuchen. Der Weg zurück in ein analoges Leben, das haben auch die meisten Netzkritiker erkannt, ist nur um den Preis gesellschaftlicher Isolierung zu haben. Private Schutzmaßnahmen wie das Verschlüsseln von E-Mails mögen in der Ära nach Snowden geboten sein – ohne Internet geht es doch nicht. Stattdessen stellt sich eine viel umfassendere Frage: Worin besteht das Digitale überhaupt? Was ist das Neue an den Neuen Medien?

Für Byung-Chul Han sind das philosophische Fragen und genau das macht die Anziehungskraft seiner Essays aus. Der digitale Kapitalismus, schreibt Han, habe die Psyche als Produktivkraft entdeckt. Big Brother und seine Überwachungskameras gehörten längst der Vergangenheit an. Viel interessanter (und lukrativer) als die Beobachtung des äußeren Verhaltens sei der Blick ins Innere des Einzelnen, in seine Gedanken und Gefühle. Die Zukunft werde zu einer bloßen Vorausberechnung nutzerbasierter Daten: Amazon weiß, was ich mir zu Weihnachten wünsche, bevor ich auch nur eine Ahnung davon habe.

Han geht weit über die digitalen Debatten der letzten Jahre hinaus. Es geht ihm weniger um Google und die NSA als um eine schonungslose Diagnose der digitalen Existenz. Fernab vom staatlichen oder wirtschaftlichen Zwang beute sich das Individuum heute freiwillig selbst aus. Selbstoptimierung sei zu einem gesellschaftlichen Imperativ geworden und die Tatsache, dass dies niemand infrage stelle, spreche für die Intelligenz des neoliberalen Systems. Der subtile Sog des Smartphones, für Han entspricht er der „smarten Macht“ des Kapitals.

Bislang erschienen Hans Essays in dem kleinen Berliner Verlag Matthes & Seitz. Nun verlegt der S.-Fischer-Verlag Hans neues Buch „Psychopolitik“ – und bewirbt ihn als „neuen Star der deutschen Philosophie“. Dies sagt mindestens genauso viel über die gestiegene Bedeutung der digitalen Debatte wie über die Figur Byung-Chul Han. Studenten an der Berliner Universität der Künste, an der Han seit 2012 Kulturwissenschaft lehrt, erzählt er häufig von seiner Heimat Südkorea. Dort ist die Selbstmordrate so hoch wie kaum anderswo, an den U-Bahn-Gleisen in Seoul öffnet sich eine Glaswand immer erst, wenn der Zug zum Stehen gekommen ist. In der Zwischenzeit können die Fahrgäste an derselben Wand Einkäufe mit Smartphones und Quellcodes machen.

Byung-Chul Han leidet sichtlich an den Zumutungen einer Wirklichkeit, die er philosophisch bloßlegen will. Das Problem ist nur: Um seiner Sicht zu folgen, muss man keineswegs nur ein paar Gemeinplätze über Bord werfen, sondern auch diverse Grundregeln von Argumentation. Wenn Han etwa schreibt, Facebook-Nutzer würden einer „digitalen Gleichschaltung“ erliegen und die Freiheit der „Totalüberwachung“ opfern, dann wirkt das eher wie ein befremdliches Pauschalurteil. Seine an Thesen reichen, an Begründungen armen und in der Länge meist überschaubaren Essays richten sich an Leser, die die Welt gern wieder einfacher hätten, als sie ist. Genau das ist aber auch die Stärke dieses Philosophen.

Ob sich das aufklärerische Subjekt zum digitalen Projekt entwickelt, ob die Erfahrung vom Erlebnis abgelöst wird oder das Wissen von der bloßen Information – all das sind außer originellen Gedanken auch Ansätze einer möglichen Philosophie des Digitalen. Dabei muss man Radikalität nicht für eine intellektuelle Tugend halten, um festzustellen, dass Hans unkonventionelle Sicht häufig einen Kern trifft. In seinem früheren Buch „Müdigkeitsgesellschaft“ wies Byung-Chul Han einmal darauf hin, dass von der viel beschworenen „Transparenz“ eine Gefahr ausgeht. In ihrem Namen werde eine umfassende Ausleuchtung des Individuums betrieben. Damals nahm von dieser Warnung kaum jemand Notiz. Das ist heute anders.

Franz Viohl

Byung-Chul Han: **Psychopolitik.** Neoliberalismus und die neuen Machttechniken. S. Fischer, Frankfurt/M. 128 S., 19,99 €.